

1. September 2023 Antikriegstag – Kundgebung am Deserteur-Denkmal

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe am Frieden interessierte Menschen,

im Namen des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg!“ begrüße ich Euch sehr herzlich zu unserer Kundgebung anlässlich des heutigen Antikriegstages. (Es ist mir wirklich eine große Freude, dass Ihr da seid). Der Antikriegstag in dieser Form wurde ja 1957 ins Leben gerufen, im Zuge der Einführung der Wehrpflicht, der Wiederaufrüstung und der neuen militärischen Ambitionen der Bundesrepublik. Anlass des Tages ist, Ihr wisst es alle, die Erinnerung an den Überfall des faschistischen Deutschland auf das Nachbarland Polen am 1. September 1939, mit dem der 2. Weltkrieg losgetreten wurde, der bis dato mörderischsten Krieg auf diesem Planeten mit weit über 60 Millionen Toten, unendlichen Zerstörungen und weitreichenden politischen und geopolitischen Folgen weltweit, die uns bis heute beschäftigen. „Nie wieder Krieg“ ist der Grundsatz dieses Tages, verbunden in diesem (unserem) Land auch mit der tiefen Überzeugung, dass „von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen“ dürfe – ein Grundsatz, mit dem seit dem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Jugoslawien 1999 unter Beteiligung der Bundeswehr allerdings nachdrücklich gebrochen worden ist – die Exporte von Waffen durch deutsche Rüstungsfirmen in aller Welt gehören zu diesem Bruch kontinuierlich dazu.

In Marburg findet die Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September seit 1999 an diesem Ort statt. 1999 hat das von Jo Kley (1989 geschaffene) „Denkmal für Deserteure“ hier im Südviertel (inmitten also der ehemaligen Kasernen und nahe der Hauptkommandantur des ehemaligen Jägerregiments) seinen Platz gefunden. Für mich gibt es keinen besseren Ort für eine Friedenskundgebung als genau hier, an diesem Denkmal, einem der beeindruckendsten Friedensmahnmale, die wir in dieser Stadt haben: Der zerstückelte menschliche Torso (...), über eine Panzersperre gespannt und auf diese gefesselt, geradezu auf ihr gekreuzigt, verbildlicht auf eindrückliche und erschütternde Weise, was die Todesmaschinerie des Krieges mit Menschen macht. Dabei erinnert das Denkmal konkret an die rund 20.000 Todesurteile gegen Deserteure („Fahnenflüchtige“), welche die Wehrmachtsjustiz im 2. Weltkrieg vollstreckt hat (gefällt wurden sogar rund 30.000). Die Forderung nach uneingeschränktem Asyl für Deserteurinnen und Deserteure, für diejenigen also, die sich der Maschinerie des Krieges entziehen, die weder

töten noch getötet werden wollen, gehört als zentraler Punkt zum Grundkonsens unserer Friedensarbeit.

Kriege gehen überall und immer auf Kosten der Zivilbevölkerung. Es sind die Schwächsten, die am meisten darunter leiden. Es ist unfassbar, dass gegenwärtig auf diesem Planeten 55 heiße Kriege (nach der Definition des Peace and Conflict Research Institut der Universität Uppsala) geführt werden, neben unzähligen anderen gewaltvollen bewaffneten Konflikten. Die Zahl flüchtender und vertriebener Menschen: verursacht durch Kriege, durch strukturelle Gewalt und soziale Ungleichheit, durch die ungehemmte Ausbeutung von Ressourcen, die Konkurrenz um Bodenschätze, um geo- und machtpolitische Einfluss-Sphären - - ist (nach UN-Angaben) auf die wahnwitzige Zahl von rund 110 Millionen angewachsen – seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine noch einmal mit neuer Dynamik.

Dieser - der Krieg in der Ukraine - steht in seinem zweiten Jahr. Nach (US-) Schätzungen (veröffentlicht in der New York Times) sind seit dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 annähernd 500.000 Soldatinnen und Soldaten beider Seiten getötet worden (die Dunkelziffer liegt meist höher). Rund 10.000 Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine wurden getötet, über 17.000 wurden verletzt, weit über tausend Kinder darunter. So legitim der militärische Widerstand der Ukraine gegen den Angriff Russlands auf juristischer Ebene ist, so sehr auch die Forderung nach militärischem Beistand in diesem Fall juristisch legal und gerechtfertigt ist – so unverantwortbar, fahrlässig und zynisch erscheint es angesichts dieser unfassbaren Zahl von Opfern, diesen nun schon so lange und ohne die Perspektive auf ein Ende andauernden Krieg auch nur um einen einzigen Tag mit immer neuen Lieferungen von immer schwereren Waffen zu verlängern und gefährlich zu eskalieren.

Deshalb steht unsere Kundgebung heute - ebenso wie auch die Mahnwachen, die regelmäßig jeden Samstag an der Augustinertreppe stattfinden - unter dem Motto:

„Verhandeln statt Schießen! Abrüsten statt Aufrüsten! Milliarden für Klimaschutz und Soziales!“ - und nicht für eine Aufrüstungsspirale, die das Leben der nachfolgenden Generationen auf diesem Planeten akut gefährdet und aufs Spiel setzt.

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar letzten Jahres, ja, schon in den allerersten Tagen des Krieges, hat es immer wieder Ansätze zu Verhandlungen gegeben. Und es gibt sie auch jetzt: Brasilien, Südafrika und

Indien etwa setzen sich ausdrücklich dafür ein. Auch die Bundesrepublik Deutschland sollte sich, zumal vor dem Hintergrund des im Grundgesetz verankerten Friedensgebotes, endlich hierfür stark machen. Wir brauchen keine 100 Milliarden Euro Sonderschulden für Waffen, sondern wir brauchen Mittel für zivile Zwecke, für soziale Sicherheit und für den Schutz eines lebensfähigen Planeten.

„Verhandeln statt Schießen“ und ein grundsätzliches Umsteuern sind das Gebot der Stunde. Es ist wirklich an der Zeit!